

23. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

25. Juni 1952

512/J ✓

Anfrage

der Abg. Neuwirth, Rammer und Genossen
 an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
 betreffend Stellungnahme zur Heilpraktikerfrage.

-.-.-

Die Frage der gesetzlichen Zulassung der Heilpraktiker zur Berufsausübung beschäftigt in der letzten Zeit in grossem Maße die Öffentlichkeit und wird auch in Zukunft aus der Diskussion nicht mehr auszuschalten sein. Es mehren sich im Gegenteil die Stimmen aus den verschiedenen Bevölkerungskreisen, welche die Zulassung der Heilpraktiker fordern und im Zusammenhang damit die Beseitigung des derzeitigen Zustandes verlangen, daß bekannte Heilpraktiker, welche von leidenden Menschen aufgesucht und um Rat und Hilfe gebeten werden, für ihre Tätigkeit überdies die gerichtliche Verfolgung und Abstrafung nach § 343 StG. zu gewärtigen haben.

Nach uns vorliegenden Informationen gibt die ÖVP das Interesse der Öffentlichkeit an der Heilpraktikerfrage durch die bisherige Unterschriftensammlung als hinreichend erwiesen an und hat auch einen Initiativantrag in Erwägung gezogen, doch soll die Einbringung des selben im Parlament davon abhängig gemacht werden, daß auch die Sozialistische Partei bereit ist, einem solchen Gesetz zuzustimmen.

Der Klub der sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte hat seinerzeit wiederum erklärt, daß er sich einer parlamentarischen Behandlung einer Regelung der Heilpraktikerfrage nicht in den Weg stellen werde, obwohl anzunehmen sei, daß sich seitens der Ärztekammer Widerstände gegen ein solches Gesetz ergeben werden.

Die Heilpraktikerfrage bedarf unseres Erachtens auch schon deshalb einer Klärung, da bei Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes nicht nur die Heilpraktiker, sondern auch diejenigen Personen, welche sich nach wie vor mit ihren Leiden an Heilpraktiker wenden – und deren Zahl ist groß – direkt oder indirekt den derzeit in Österreich geltenden Rechtszustand zuwiderhandeln.

24. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

25. Juni 1952

Um volle Klarheit in dieser Angelegenheit zu erhalten,
stellen die unterzeichneten Abgeordneten hiemit an den Herrn
Bundesminister für soziale Verwaltung die

Anfrage:

Welchen Standpunkt nimmt der Herr Bundesminister in der
Heilpraktikerfrage ein ?

•••••